

Sozialpartnerschaft

© x

Fachdidaktische Übung
bei MMag. Peter Atzmanstorfer
2003

Stundenbild

Stundenbild zum Thema „Sozialpartnerschaft“

Thema: Sozialpartnerschaft

Klasse: 7. Klasse

Lernziele:

- S/S sollen das System der Sozialpartnerschaft in Österreich kennen.
- S/S in der Lage sein über die Vor- und Nachteile der Sozialpartnerschaft zu diskutieren.
- S/S sollen das Wesentliche aus einen Text heraus filtern und ihren Mitschülern präsentieren können.

Zeit	Phase	S/S-Aktivität(en)	L-Aktivität(en)	Medien, Material
1'	Informierender Unterrichtseinstieg: Bekanntgabe von Thema, Ablauf und Zielen	S/S hören zu	Lehrer informiert	
14'	Informationsinput	S/S schreiben mit	Lehrer trägt vor	Eventuell wichtige Begriffe auf die Tafel schreiben.
3'	Gruppeneinteilung (4 Gruppen)	Schüler mit dem gleichen Zeitungsausschnitt finden sich zu Gruppen zusammen.	Zeitungsausschnitte werden gemischt und so der Reihe nach ausgeteilt.	
15'	Erarbeitungsphase I: Gruppenarbeit	Zeitungsausschnitte durchlesen und das Wesentliche unterstreichen oder Stichwörter notieren.	Hilfestellung durch den Lehrer	Zeitungsausschnitte
15'	Sicherungsphase Präsentation der Gruppenarbeit	Kleingruppen präsentieren Ausarbeitung;	Moderation	
2'	Merkblatt austeilen			Merkblatt

Anmerkungen zur Gruppenarbeit:

Die Texte der ersten beiden Gruppen sind relativ kurz. Sie erhalten, deshalb eine Zusatzaufgabe. Sie sollten die Vor- und Nachteile der Sozialpartnerschaft diskutieren (und eventuell schriftlich festhalten).

Zeitungsausschnitte für die Gruppenarbeiten

1. Gruppe:

Sozialpartner starr und teuer (21.12.1999)

LINZ (SN). Kein gutes Zeugnis stellt eine Studie des Instituts für Volkswirtschaftslehre an der Universität Linz der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft aus. Diese wirke zwar langfristig wirtschaftlich und politisch stabilisierend, stelle jedoch bei Veränderungen wie Lohnkostensenkung oder Budgetsanierung ein Hemmnis dar. Die Sozialpartner hätten beharrende Funktion. Zudem stünden Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis mehr. Für die Wirtschaftskammer erscheine eine Senkung der Mitgliedsbeiträge um rund 40 Prozent denkbar. Die Kammerbeiträge seien verglichen mit anderen Ländern zu hoch. Die Autoren schlagen vor, Serviceleistungen auszugliedern und den Unternehmen gegen Bezahlung anzubieten. Der Bund sei zum Träger des konjunkturellen Risikos des sozialpartnerschaftlichen Kontraktes geworden.

2. Gruppe

Sozialer Friede für die Wirtschaft (28.07.2001)

In den letzten Monaten wird ja anscheinend mutwillig die Sozialpartnerschaft, ein Modell, um das uns viele Länder beneiden und dieses auch kopieren wollen, in Frage gestellt und damit auch der soziale Friede gefährdet, der in Österreich herrscht.

Viele Investoren gehen ja nach Österreich, da es hier keine Streiks, keine Arbeitskämpfe etc. gibt. Die Industrie, die ihre Arbeitsstätten vielfach ins billige Ausland verlagert (östliche Nachbarländer bis in die baltischen Staaten), gefährdet somit hier Tausende Arbeitsplätze in Österreich und schädigt den heimischen Handel durch Überproduktion. Auch Factory-Outlets, wo Fabrikware zu günstigen Preisen angeboten wird, sind nicht unbedingt für den traditionellen Fachhandel angenehm. Vielfach werden ja auch Gewinne von den Großkonzernen ins Ausland verlagert.

Wer bildet denn die jungen Leute aus, wer beschäftigt die Lehrlinge, die sonst auf der Straße stünden? Es sind die Klein- und Mittelbetriebe, die in Österreich, Deutschland und der Schweiz über 90 Prozent ausmachen und der Motor der Wirtschaft sind.

Die Industrie, liest man in den Medien täglich, baut Hunderttausende Arbeitsplätze europaweit ab. Die Klein- und Mittelbetriebe sind es, die die Kammern brauchen - Brüssel ist leider noch immer "industriedominiert" -, daher ist auch hier eine Demontage striktest abzulehnen. "Die Großen werden es sich schon richten."

Viele Länder beneiden uns um das System der Sozialpartnerschaft. Es ist daher höchste Zeit, dass in Österreich Friede einkehrt und das Infragestellen der Sozialpartnerschaft ein für alle Mal aufhört. Als Vertreter eines kleinen, mittelständischen Fachhandelsbetriebes kann ich nur die Leistungen der Kammern, die für das Gros der KMU gemacht werden, lobend hervorheben.

Will man Zustände wie in Frankreich, Italien oder Spanien, wo oft auf die Straße gegangen wird, provozieren?

3. Gruppe

Die Sozialpartnerschaft hat sich als stabilisierende Kraft beim Wiederaufbau des Landes historische Meriten erworben. Samo Kobenter ist der Frage nachgegangen, in welchem Verhältnis diese Verdienste mit ihrer heutigen Funktion und ihrem politischen Einfluß stehen.

Zwei Dinge werden stets nostalgisch verklärt, wenn die politischen Sonntagsredner auf die Sozialpartnerschaft kommen: Ihre Rolle als Initiatorin des österreichischen Wirtschaftswunders in den Aufbaujahren und als Garant für den sozialen Frieden der Zweiten Republik.

Wenn der rhetorische Weihrauch verfliegen ist, kommen andere Fragen auf: ob die Sozialpartnerschaft am Ende des 20. Jahrhunderts überhaupt noch zeitgemäß sei, ob ihre Strukturen dem rasanten wirtschaftlichen Umbruch, der mit dem Fall des Eisernen Vorhanges und mit dem EU-Beitritt auch Österreich erfaßt hat, standhalten könnten und ob dies überhaupt wünschenswert sei. Dazu läuft in der Debatte eine Parole um, die vor einem guten Jahrzehnt als Ketzerei empfunden worden wäre:

Die Sozialpartnerschaft funktioniert nicht mehr, wie die seit Jahren hin und her geschobene Einführung zeitgemäßer Arbeitszeiten oder die Schaffung eines flexiblen Ladenschlußmodells beweise. Dazu habe sie mit sukzessivem Machtverlust zu kämpfen und gerate nicht zuletzt durch die permanenten Angriffe eines Jörg Haider in bisher ungeahnte Legitimationszwänge.

Vielleicht haben es Rückblicke an sich, den betrachteten Gegenstand etwas zu kräftig auszuleuchten, sodaß zwar kräftige Konturen sichtbar werden, die farblichen Zwischentöne jedoch verschwimmen. Im Fall der Sozialpartnerschaft zeigt sich, daß sie ihre vor allem im Ausland bewunderte Erfolgsgeschichte strukturellen und historischen Rahmenbedingungen zu verdanken hat.

In der Aufbauphase der Nachkriegszeit war Österreich ein in jeder Hinsicht abgeschottetes Land. Die Produktion im Inland hatte keine Konkurrenz aus dem Ausland zu fürchten, der Markt funktionierte nach einfachen Regeln. Die Sozialpartnerverbände – also die Handels- und die Arbeiterkammern, der ÖGB und die Landwirtschaftskammern – hatten als Interessenvertretungen von Kapital und Arbeit zunächst vor allem die Aufgabe, Inflationsbremsen zu sein.

Akkordierte Politik

Für die stabile Entwicklung von Löhnen und Preisen sorgte die Paritätische Kommission. Zwischen 1947 und 1951 wurden fünf Lohn- und Preisabkommen abgeschlossen. Daß diese Akkordierung der Interessen durchaus nicht unwidersprochen blieb, beweist der breitangelegte Oktoberstreik 1950 – bis heute die letzte große Widerstandsaktion gegen die konzertierte Politik von Sozialpartnern und Parteien. Anfang der 60er Jahre wurde die Kooperation der Interessenvertretungen ausgebaut.

Allmählich verbreitete sich ihre gesetzgeberische Beteiligung und ihr Einfluß auf weite Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Immer enger verknüpften sich dabei die Aufgaben der Interessenvertretungen mit jenen der Koalitionsparteien. Immer deutlicher entwickelte sich ein kooperativ-konzertiertes Politikmuster, das damals wie heute demokratiepolitische Bedenken erregt. An der engen Verbindung zwischen SPÖ, ÖVP, Gewerkschaften und Kammern änderte auch der Übergang von der Koalitions- zur Alleinregierung der SPÖ nichts. In bereits Legende gewordenen Treffen stellten bis tief in die Kreisky-Ära Vertreter der Regierung, der Gewerkschaft (ÖGB) und der Wirtschaftskammer (BWK) die wirtschaftspolitischen Weichen.

Was dort beschlossen wurde, hatte zu gelten: Daß es so war, hat wesentlich mit der Struktur der genannten Organisationen zu tun. Ihr in Europa beiseitlos hoher Zentralisations- und Konzentrationsgrad sorgte dafür, daß von der Spitze Beschlossenes tatsächlich unverändert bis an die Basis weitergegeben und von dieser mitgetragen wurde. Damit dies ohne interne Konflikte ablief, waren ÖGB und BWK von Beginn an zu kooperativer Interessenspolitik gezwungen. Die Sozialpartnerschaft war von Anfang an ein stabilitätsbewahrendes Instrument, das der Lösung der Verteilungskonflikte auf dem Verhandlungsweg, also unter Vermeidung von Streiks, diente. Der Klassenkampf wurde „sublimiert“, wie Bruno Kreisky es nannte.

Ziel: Stabilität

Dieser positive Effekt verdeckte strukturelle Schwächen der Wirtschaft, die heute krasser denn je zu Tage traten: Harter Wettbewerb wird in der Schule der Sozialpartnerschaft, die zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen auszugleichen hat, nicht gelehrt, wie an der Geschichte der Verstaatlichten Industrie und der Kartellentwicklung abzulesen ist.

Je schneller sich die Wettbewerbsverhältnisse ändern, umso schwerer agiert eine Wirtschaft, die Entscheidungen auf Basis sozialpartnerschaftlicher Kompromisse fällt. Am Beispiel Semperit: Dem Argument der global agierenden Konzernmutter Conti, einen Großteil der Reifenproduktion in das billigere tschechische Werk Barum auszusiedeln, konnten die Sozialpartner nichts entgegensetzen. Ihr klassisches Atout, gutausgebildete Arbeitskräfte und hohe Produktqualität, die in einem sozial friedlichen Umfeld erzielt wird, wurde von simpler Kosten-Nutzenrechnung ausgestochen.

Die Schwierigkeit, unter solchen Bedingungen eine intern kommunizierbare Legitimation zu finden, zeigt ein Ansatz von Wirtschaftskammer-Präsident Maderthaler: Die Sozialpartnerschaft sei keine „Verteilungspartnerschaft“ mehr, sie müsse künftig „Standortpartnerschaft“ sein. Die Nagelprobe Semperit hat gezeigt, was auf die Sozialpartner zukommt, wenn sie das im Zeitalter der Globalisierung ernst nimmt. Daß dies nur ein Teil ihrer Auftrages sein kann, beweisen die Urabstimmungen in den Kammern, deren Mitglieder sich klar für die Beibehaltung der klassischen Vertretungsaufgaben ausgesprochen haben – also für die Mitgestaltung konkreter Umverteilung. Umverteilung.

4. Gruppe

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Eine neue Form der Sozialpartnerschaft

Direkte Kontakte, der offene Dialog und die Bereitschaft zur Kooperation bestimmen das Wesen der Sozialpartnerschaft, die in der Vergangenheit wesentlich zur Prosperität unseres Landes beigetragen hat. An der Spitze stehen traditionelle Zielsetzungen wie Vollbeschäftigung, Wohlstandssteigerung und Stabilität, doch auch neue Zielsetzungen wurden in den Programmkatalog sozialpartnerschaftlicher Arbeit aufgenommen wie etwa die Förderung menschlicher Begabungen und die Sanierung und Gestaltung unserer natürlichen Umwelt.

Damit diese Sozialpartnerschaft nicht erstarrt, muss sie regelmäßig auf ihre Funktionsweise überprüft werden, müssen neue inhaltliche Herausforderungen aufgegriffen und wirtschaftliche Lösungen gefunden werden. Damit diese Sozialpartnerschaft aber auch nicht obsolet wird oder sich gar ein Teil davon in "Widerstandskämpfen" gegen die Bundesregierung erschöpft, muss sie sich stets aufs Neue an geänderte Situationen anpassen und - das vor allem - Dialogbereitschaft zeigen, ob nun die herrschenden politischen Verhältnisse allen Sozialpartnern passen oder nicht.

Gesprächsverweigerung - darüber müssen sich alle Sozialpartner im Klaren sein - wäre das Ende der Sozialpartnerschaft. Und parteipolitisch motivierte Streikdrohungen erst recht.

Ich bin davon überzeugt, dass die Sozialpartnerschaft auch in Zukunft in Österreich eine wichtige Rolle spielen wird, sofern sie bereit ist, sich zu erneuern, eine Vordenkerrolle zu übernehmen und mit einem neuen Geist offene Fragen aufzugreifen und zu lösen.

Neue Antworten Eine neue Form der Sozialpartnerschaft muss neue Antworten finden auf eine von der Globalisierung des Wettbewerbs gekennzeichnete wirtschaftliche Entwicklung, die weitere Liberalisierung auf den Arbeits-, Waren- und Dienstleistungsmärkten, auf neue soziale Fragen, die auf regionale Integration abgestellte Strategie vieler Unternehmen und auf einen sorgsam Umgang mit der Natur. Darüber hinaus müssen sich die Sozialpartner den Folgen der politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Europa, der EU-Erweiterung, dem wachsenden Wohlstandsgefälle und den erheblichen Wanderbewegungen zwischen den Staaten stellen.

Die österreichische Wirtschafts- und Sozialpolitik wird dadurch in vielfältiger Weise gefordert. Diese Herausforderungen legen es nahe, Ziele und Mittel der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit neu zu definieren:

O Vollbeschäftigung, eine weitere Erhöhung des Wohlstandes und die Sicherung sozialer Standards durch ein qualitatives bzw. umweltschonendes Wirtschaftswachstum besitzen absolute Priorität.

O Die Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität durch eine adäquate Sozial-, Einkommens- und Wettbewerbspolitik.

O Die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftsstandorts Österreich durch ständige Bemühungen um ein hohes Investitionsniveau, eine ständige Erhöhung der Produktivität und der Qualität sowie eine ausgezeichnete Infrastruktur.

O Die umfassende Teilnahme an der europäischen und weltwirtschaftlichen Integration durch aktive gemeinsame Mitwirkung im Sinne der sozialpartnerschaftlichen Ziele und ihrer Konfliktlösungsmethoden.

O Die Unterstützung einer Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft.

O Die Förderung und die Entwicklung menschlicher Begabungen und Fähigkeiten in unserem Land.

Die Sozialpartner sehen sich hier besonders im Bereich der Aus- und Weiterbildung herausgefordert.

O Die Erhaltung und Verbesserung einer menschengerechten Arbeitswelt und die Weiterentwicklung einer möglichst ausgewogenen sozialen Struktur.

Sozialpartnerschaft ist gekennzeichnet durch eine besondere Art der Gesprächs- und Verhandlungskultur und durch die Bereitschaft der beteiligten Verbände, Kompromisse durchzustehen und unterschiedliche Interessen unter Bedachtnahme auf mittelfristig gemeinsame Ziele und gesamtwirtschaftliche Interessen zu vertreten.

Merkblatt

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich in Österreich ein System der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft, das zu einem österreichischen Phänomen wurde. Eigentlich war dieses System nur als Provisorium gedacht.

„Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft“ ist die freiwillige Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik.

Interessensvertretungen

- Gesetzliche Interessenvertretung durch die Kammern: diese sind Körperschaften öffentlich Rechts und basieren somit auf Pflichtmitgliedschaft und Beitragspflicht: Wirtschaftskammer, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer, Bundesarbeiterkammer.
- Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB; privater!) In jedem Unternehmen gibt es grundsätzlich eine Gewerkschaft. Im Gegensatz zu anderen Ländern sind die Gewerkschaften in Österreich nicht Parteigewerkschaften, sondern als „Einheitsgewerkschaften“ organisiert.

Spezifisch österreichische Bedingungen:

- Sie SP besitzen ein gemeinsames Staats- und Demokratieverständnis.
- Die Wirtschaftsverbände werden durch eine Dachorganisation vertreten.
- Zwischen Verbänden und Parteien besteht eine enge Verbindung.
- Eine besondere Verhandlungskultur schließt Konsens- und Kompromiss-bereitschaft ein; eine dauerhafte Gesprächsbereitschaft bildet die Basis.
- Der hohe Entwicklungsgrad des Wohlfahrtsstaates gewährleistet soziale Sicherheit und schwächt mögliche Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab. → Streikstatistik
- Die Ausrichtung auf das Wirtschaftswachstum betonte Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer und damit sozialen Frieden.

Die Paritätische Kommission (seit 1957) ist die wichtigste Institution der Sozialpartnerschaft in Ö. Auf dieser zentralen Gesprächsebene diskutieren Regierung und Sozialpartner über wirtschaftliche Maßnahmen sowie über allfällige Konflikte. Auch die Ergebnisse der Unterausschüsse werden hier erörtert. Die Sitzungen sind nicht öffentlich; beratend können Experten von Nationalbank, Universitäten oder Wirtschaftsforschungsinstituten herangezogen werden. In der Paritätischen Kommission sind 4 Unterausschüsse eingerichtet, wobei die 3 erstgenannten nur aus Vertretern der vier Sozialpartnerverbände bestehen:

- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen
- Lohnausschuss
- Unterausschuss für internationale Fragen
- Wettbewerbs- und Preisausschuss